

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

24. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. Januar 2006, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Abg. Arp (CDU)	
Karsten Jasper (CDU)	in Vertretung von Peter Sönnichsen
Tobias Koch (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Abg. Sauter (CDU)	
Holger Astrup (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Anna Schlosser-Keichel (SPD)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	in Vertretung von Wolfgang Kubicki
Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Olaf Schulze (SPD)
Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. EU-Strukturförderung Mündlicher Bericht der Landesregierung	5
2. Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum Teil III des 35. Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2006 bis 2009 (2010) Bericht der Landesregierung Drucksache 16/421	6
3. Jahresabschluss und Lagebericht 2004 der Eichdirektion Nord Vorlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdrucke 16/307, 16/438 und 16/468	7
4. Jahresbericht gemäß § 10 a LHO der Staatskanzlei für das Jahr 2004 und Antrag auf Fortführung der Flexibilisierung Vorlage des Chefs der Staatskanzlei Umdruck 16/442	8
5. Bericht des Finanzministeriums zum Stand der Kfz-Besteuerung von Wohnmobilen	9
6. „Sparliste“ des Finanzministers Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 16/471 Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/509	10
7. Auswirkungen der Beschlüsse der Bundesregierung von Genshagen auf Schleswig-Holstein Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 16/489	11
8. Vereinfachtes Berichtigungsverfahren zu Artikel 8 und 9 des Haushaltsstrukturgesetzes 2006 Schreiben des Landtagspräsidenten an den Finanzausschussvorsitzenden vom 9. Januar 2006	12

9 Veräußerung der Liegenschaft Jerusalemsberg 7/8 in Lübeck	13
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/458 (neu)	
10. Information/Kenntnisnahme	14
11. Verschiedenes	16

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

EU-Strukturförderung

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 11. November 2005 an den Wirtschaftsausschuss, den Europa-ausschuss, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Nach Einschätzung von St Wiedemann wird sich die Gesamtsumme der EU-Strukturförderung nicht verändern. Man gehe davon aus, dass auf Schleswig-Holstein ein Betrag von rund 300 Millionen € entfalle. Künftig werde es keine Ziel-1-Förderung mehr geben, sondern nur noch eine Förderung nach Ziel 2 und Ziel 3. Die Details seien noch nicht geklärt.

Abg. Müller bittet die Landesregierung darum, den Fraktionen vor der anstehenden Landtagsdebatte einen schriftlichen Bericht über den aktuellen Sachstand über den Umfang der zukünftigen EU-Strukturförderung zu geben.

Abg. Spoorendonk erkundigt sich nach der Zukunft der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark.

St Wiedemann weist darauf hin, dass die EU insgesamt 7,5 Milliarden € für die europäische territoriale Zusammenarbeit bereitstelle. Auf eine Frage des Vorsitzenden erwidert sie, der Bundeswirtschaftsminister habe mitgeteilt, dass die bisherige Aufteilung dieser Mittel zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern weitergeführt werden solle. Sie sagt zu, den Finanzausschuss über den aktuellen Sachstand der EU-Strukturförderung auf dem Laufenden zu halten.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht der Landesregierung zur EU-Strukturförderung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum Teil III des 35. Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2006 bis 2009 (2010)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/421

(überwiesen am 14. Dezember 2005 an den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Finanzausschuss bittet das Wirtschaftsministerium, ihm eine vollständige Übersicht über alle mit Haushaltsmitteln der Gemeinschaftsaufgabe, also Steuergeldern, geförderten Vorhaben in den Bereichen der Gewerblichen Wirtschaft und Infrastruktur zuzuleiten (Drucksache 16/421, Seite 23). Die Vertraulichkeit der Daten werde selbstverständlich sichergestellt.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/421 wie der Wirtschaftsausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Jahresabschluss und Lagebericht 2004 der Eichdirektion Nord

Vorlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdrucke 16/307, 16/438 und 16/468

St Wiedemann macht darauf aufmerksam, dass die Eichdirektion Nord im Geschäftsjahr 2004 nur einen Verlust von 187.600 € ausgewiesen habe. Hiervon entfalle auf Schleswig-Holstein ein Betrag von 164.000 €. Kameral fortgeführt wäre mit einem Zuschuss von 1,23 Millionen € zu rechnen gewesen. 2005 rechne man mit einem Verlust in Höhe von 795.000 € gegenüber dem vom Wirtschaftsprüfer geschätzten Fehlbetrag von 1,118 Millionen €. Die Aufteilung der Verluste auf Hamburg und Schleswig-Holstein erfolge durch eine verursachergerechte Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen auf der Basis einer Kosten- und Leistungsrechnung. Bei der Errichtung der gemeinsamen Anstalt habe das Verhältnis des Aufwandes zwischen dem Stadtstaat Hamburg und dem Flächenland Schleswig-Holstein 1 zu 20 betragen. Es sei zu befürchten, dass die Verluste aufgrund europa- und bundesrechtlicher Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren größer würden.

Während Abg. Koch das Ergebnis der Eichdirektion Nord 2004 ausdrücklich lobt, wiederholt P Dr. Altmann die Forderung des Rechnungshofs, die Zuschüsse des Landes stärker abzusenken, aus der Zusammenarbeit mit Hamburg höhere Synergieeffekte zu erzielen und die Verwaltung insgesamt schlanker und kostengünstiger zu organisieren.

Abg. Sauter bittet das Wirtschaftsministerium, dem Ausschuss den Zuschussbedarf für die Jahre 2004 und 2005 bereinigt um die jeweiligen Zahlungsverchiebungen darzustellen.

Auf Eine Frage von Abg. Spoorendonk nach Synergieeffekten infolge der Fusion der Eichverwaltungen beider Bundesländer teilt die Staatssekretärin abschließend mit, wenn man die erreichten Zahlen mit den damaligen Schätzungen des Wirtschaftsprüfers vor der Zusammenlegung der Eichverwaltungen vergleiche, ergebe sich ein Einspareffekt von 78.000 € im Jahr 2004 und 167.000 € im Jahr 2005.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Jahresbericht gemäß § 10 a LHO der Staatskanzlei für das Jahr 2004 und
Antrag auf Fortführung der Flexibilisierung**

Vorlage des Chefs der Staatskanzlei
Umdruck 16/442

Auf Fragen aus dem Ausschuss erläutert AL Hoppe, die Staatskanzlei wolle das Projekt der Haushaltsflexibilisierung fortführen, die Höhe des Personalkostenbudgets allerdings wie die Ministerien im Rahmen der jeweiligen Haushaltsverhandlungen festsetzen.

Die Abgeordneten Müller und Spoorendonk sprechen sich dafür aus, auch die Personalkostenbudgetierung der Staatskanzlei in der bisherigen Form beizubehalten.

Abg. Herdejürgen erwartet vom Finanzministerium eine kritische Überprüfung der Rücklagenbildung.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt der Finanzausschuss dem Antrag der Staatskanzlei zu, der Staatskanzlei die haushaltsrechtlichen Ermächtigungen nach § 10 a LHO im bisherigen Umfang für den Zeitraum der 16. Legislaturperiode einzuräumen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Finanzministeriums zum Stand der Kfz-Besteuerung von Wohnmobilen

M Wiegard berichtet, nach dem Willen der Finanzminister sollten Wohnmobile künftig den gleichen kraftfahrzeugsteuerlichen Regelungen wie PKW unterliegen. Allerdings sollten sie in den nächsten fünf Jahren mit Abschlägen stufenweise an die PKW-Besteuerung nach Hubraum und Emissionsverhalten herangeführt werden. Um der besonderen Bestimmung von Wohnmobilen Rechnung zu tragen, erhielten die Halter von 2011 an einen 20-prozentigen Abschlag auf die vergleichbare Kfz-Steuer für PKW. Die neue Wohnmobilbesteuerung werde bundesweit voraussichtlich zu Steuermehreinnahmen von 90 Millionen €, für Schleswig-Holstein zu 3 Millionen € bis 4 Millionen € jährlich führen. Die so genannten Geländewagen würden bereits voll wie PKW besteuert.

Der Vorsitzende bittet das Finanzministerium, dem Ausschuss die genauen Auswirkungen der Neuregelung auf die Halter von Wohnmobilen darzustellen (Unterschiede nach Gewicht, Hubraum und Emissionsverhalten).

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg stellt M Wiegard klar, dass die Landesregierung ungeachtet der jetzt vereinbarten Wohnmobilbesteuerung, mit der man eine steuerliche Vergünstigung abbauen wolle, an ihrem Ziel festhalte, die Kfz-Steuer abzuschaffen. - Der Finanzausschuss unterstützt die Haltung der Landesregierung in dieser Frage.

Punkt 6 der Tagesordnung:

„Sparliste“ des Finanzministers

Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/471

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/509

M Wiegard verweist auf seine im Rahmen der zweiten Lesung des Haushalts 2006 im Landtag am 15. Dezember 2005 gehaltene Rede sowie sein Schreiben an die Kabinettskollegen zur Haushaltsaufstellung 2007/2008 vom 19. Dezember 2005, Umdruck 16/509. Angesichts der dramatischen finanziellen Lage werde man in den nächsten Wochen über weitere Einsparvorschläge, die das Finanzministerium derzeit zusammenstelle, nachdenken müssen, zum Beispiel die Frage der Verlängerung der Lebensarbeitszeit von Polizeibeamten, die Umstellung des BAföG auf Darlehen oder Ausgleichszahlungen an Auszubildende im Rahmen des Ausbildungsverkehrs.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg erwidert der Minister, nach der derzeitigen Rechtslage sei die Landesregierung verpflichtet, in jedem Jahr einen Finanzplan vorzulegen. Man arbeite daran, die Rechtslage aus arbeitsökonomischen Gründen so zu ändern, dass die Exekutive einen Finanzplan zukünftig nur noch in dem Jahr vorlegen müsse, in dem sie auch einen Haushalt aufstelle, also bei Aufstellung eines Doppelhaushalts zukünftig nur noch alle zwei Jahre.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Auswirkungen der Beschlüsse der Bundesregierung von Genshagen auf Schleswig-Holstein

Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/489

Auf eine Frage von Abg. Müller erwidert M Wiegard, die finanziellen Auswirkungen der Klausurtagung des Bundeskabinetts von Genshagen auf Schleswig-Holstein könne man im jetzigen Stadium, da noch keine konkreten Gesetzentwürfe vorlägen, nicht beziffern. Man gehe davon aus, dass durch die Maßnahmen der Bundesregierung globale Mehreinnahmen in der Finanzplanung von etwa 85 Millionen € im Jahr 2007 und 160 Millionen € im Jahr 2008 erreicht werden könnten.

An dieser Stelle unterrichtet der Finanzminister den Ausschuss kurz über das Ergebnis des Jahresabschlusses des Haushaltsjahres 2005. Man werde die mit dem zweiten Nachtrag vorgesehene Höhe der Neuverschuldung deutlich unterschreiten.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Vereinfachtes Berichtigungsverfahren zu Artikel 8 und 9 des Haushaltsstrukturgesetzes 2006

Schreiben des Landtagspräsidenten an den Finanzausschussvorsitzenden vom 9. Januar 2006

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss dem vom Landtagspräsidenten vorgeschlagenen vereinfachten Berichtigungsverfahren zu Artikel 8 und 9 des Haushaltsstrukturgesetzes 2006 seine Einwilligung.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Veräußerung der Liegenschaft Jerusalemsberg 7/8 in Lübeck

Vorlage des Finanzministeriums

Umdruck 16/458 (neu)

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem mit Umdruck 16/458 (neu) beantragten Verkauf der Liegenschaft zu.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/440 - Mittelabfluss beim Schleswig-Holstein-Fonds
Umdruck 16/441 - Bekämpfungszentrum für Tierseuchenkrisensituationen
Umdruck 16/463 - Einsparungen in Einzelplan 03
Umdruck 16/464 - internationale Grundschuluntersuchung TIMSS
Umdruck 16/465 - KLR im Statistischen Amt
Umdruck 16/466 - Förderung touristischer Unternehmen
Umdruck 16/467 - Unterkunftswache der Polizeidirektion
Umdruck 16/499 - ULD
Schreiben von Abg. Heinold zum Sozialvertrag mit den Wohlfahrtsverbänden

Der Ausschuss nimmt die vorstehenden Umdrucke zur Kenntnis.

Zu Umdruck 16/441 - Einrichtung eines mobilen Bekämpfungszentrums für Tierseuchenkrisensituationen - erinnert der Finanzausschuss an seinen einstimmigen Beschluss vom 4. Dezember 2003, die Landesregierung möge den Ausschuss vor Abschluss von Vereinbarungen mit anderen Ländern informieren, und beanstandet insofern das Vorgehen des Landwirtschaftsministeriums und lobt in diesem Zusammenhang die rechtzeitige Information des Bildungsministeriums zur Beteiligung an der Internationalen-Grundschul-Untersuchung TIMSS, Umdruck 16/464.

Zu Umdruck 16/465 - Einführung einer KLR im Statistischen Amt - bittet Abg. Herdejürgen um die Vorlage des Wirtschaftsplans 2006.

Auf eine Frage von VP Qualen teilt M Wiegard mit, die Landesregierung beabsichtige, mit dem Doppelhaushalt 2007/08 die so genannte Ressortetatisierung einzuführen.

Zu Umdruck 16/467 - Finanzierung der Unterkunftswache der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung der Bereitschaftspolizei in Eutin - wiederholt VP Qualen das Petitum des Landesrechnungshofs, Mehrausgaben in Höhe von 300.000 € zu vermeiden und eine kostenneutrale Lösung anzustreben.

Zu Umdruck 16/499 - Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz - bemerkt VP Qualen, die Prüfung des ULD durch den Landesrechnungshof habe ergeben, dass die Personalausstattung des ULD im Vergleich zu anderen Datenschutzeinrichtungen in Bund und Ländern außerordentlich hoch sei.

Der Finanzausschuss nimmt abschließend das Schreiben von Abg. Heinold (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Sozialvertrag mit den Wohlfahrtsverbänden vom 10. Januar 2006 zur Kenntnis. Der Finanzausschuss vertritt die Auffassung, dass die Fraktionen ungeachtet der Ausgestaltung der Zielvereinbarungen durch die Exekutive jederzeit im Plenum oder in den Fachausschüssen Anträge zu den Inhalten der Zielvereinbarung stellen können.

Der Finanzausschuss erwartet, dass er künftig vorab über die Inhalte geplanter Zielvereinbarungen mit finanziellen Auswirkungen informiert wird.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Finanzausschuss erwartet vom Wirtschaftsministerium, die vom Ausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen erbetene, von M Austermann zugesagte und dem Ausschussvorsitzenden inzwischen zur Verfügung gestellte Aufstellung der **Zuschüsse an private Unternehmen** nach dem üblichen Verfahren an alle Ausschussmitglieder als vertraulichen Umdruck zu verteilen.
- b) Am Mittwoch, 8. Februar 2006, will sich der Finanzausschuss gemeinsam mit dem **Wirtschaftsausschuss** mit den Themen **AKN**, **NOB** und **Provinzial** befassen.
- c) Der Finanzausschuss nimmt den Beschluss der 19. Veranstaltung „**Jugend im Landtag**“ (Umdruck 16/481, Seite 4) zur Kenntnis, alles daran zu setzen, „den Staatshaushalt sozial ausgewogen zu sanieren, auch wenn es eventuelle Einschränkungen für den einzelnen Bürger gibt wie zum Beispiel Subventionsabbau, die unpopulär sind“.
- d) Auf eine Frage von Abg. Müller zum **Finanzamt Dithmarschen** erwidert M Wiegard, der von der ehemaligen Landesregierung beabsichtigte Neubau in Meldorf werde - wie bereits beschlossen und mitgeteilt - nicht realisiert. Davon losgelöst sei die Frage der Leitung inzwischen entschieden worden.
- e) Eine weitere Frage von Abg. Müller beantwortet der Minister dahin, bevor die Justizminister von Hamburg und Schleswig-Holstein konkrete Maßnahmen zur **Zusammenlegung von Gerichten** verabredeten, werde der Finanzminister beteiligt.
- f) **VP Qualen**, der Ende Februar 2006 in Pension gehen wird, verabschiedet sich vom Finanzausschuss. - Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Ausschusses bei dem **Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs** und würdigt die Verdienste von Herrn Qualen für das Land.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer